



## «Die Weko irrt»

**Kiesbranche** Falls der Kanton Bern jahrelang zu viel für Kies, Strassenbeläge und Beton bezahlt habe, dann sei er selber schuld, sagt der ehemalige Weko-Vizedirektor Markus Saurer.



Die Betreiber der Kiesgrube bei Hindelbank sind vom Weko-Entscheid ebenfalls betroffen. Foto: Beat Mathys (Archiv)

### Andres Marti

**Herr Saurer, Sie haben für den Berner Kies- und Betonverband 2015 eine Studie zu den Markt- und Wettbewerbsverhältnissen durchgeführt. Was haben Sie damals herausgefunden?**

In den Berner Kies- und Deponiemärkten zeigen sich die Konturen eines Oligopols. Das heisst: Es gibt viele Nachfrager, aber nur wenige Anbieter.

**Dabei gäbe es im Kanton Bern eigentlich Kies wie Sand am**

### Meer. Warum gibt es aber so wenig Anbieter?

Der Kanton hat mit dem Sachplan Abbau, Deponie und Transport (ADT) das Angebot künstlich verknappt. Er zielt damit auf einen möglichst sparsamen Um-

### Markus Saurer

ist ökonomischer Berater. Von 1997 bis 2000 war er Vizedirektor der Wettbewerbskommission.



gang und eine regionale Versorgung mit Kies ab. Um die Transporte und Emissionen auf ein Minimum zu reduzieren, werden je nach Region gerade so viele Werke bewilligt, wie es zur regionalen Versorgung braucht. Wenn jedoch viel gebaut wird, hinkt die Planung der Nachfrage hinterher, und es gibt Engpässe.

**Das stärkt doch gerade die Marktmacht der Anbieter von Kies und Beton, wie die von der Weko gebüssten Unternehmen**



## Kästli oder Alluvia.

Das ist aber nicht die Schuld dieser Unternehmen. Wer glaubt, dass unter diesen Voraussetzungen eine Halsabschneiderkonkurrenz herrschen kann, wie dies offenbar die Weko tut, der irrt.

**Laut der Weko gab es bei den gebüssten Unternehmen eine gemeinsame Inkassostelle, Koordination der Liefergebiete, Preisabsprachen und einen gemeinsamen Mengenrabatt. Weko-Direktor Andreas Heinemann sprach von einem «umfassenden Konsens», den Wettbewerb im Raum Bern einzuschränken.**

Absprachen zu Preis, Menge oder Gebiete schaden dem Wettbewerb nicht in jedem Fall. Oft sind es legitime strategische Instrumente, mit denen die Beteiligten den Wettbewerb eher noch verstärkten.

## Das müssen Sie erläutern.

Es ist keine bahnbrechende Erkenntnis: Wenn sich beispielsweise kleinere Baufirmen zusammenschließen, um gegen Implemia bestehen zu können, kann dies für den Wettbewerb langfristig förderlich sein. Werden stattdessen die kleinen Firmen von den Marktriesen verdrängt, haben wir am Ende gar keinen Wettbewerb mehr.

## Es gibt also Ihrer Meinung nach gar kein Kartell?

Alluvia und Kästli ist jedenfalls

kein Vorwurf zu machen, wenn sie von künstlichen Verknappungen profitieren oder so vor neu-

## «Im Gegensatz zu einem Baukonzern wie Implemia sind die Berner Kiesfirmen kleine Würstchen.»

en Konkurrenten geschützt werden. Aber solange die Verfügung der Weko nicht öffentlich einsehbar und das Urteil nicht rechtskräftig ist, kann und will ich das nicht beurteilen. Die derzeit herrschende Sichtweise, dass in der Region Bern ein paar Kies- und Betonbarone alle abgezockt haben, ist für mich aber wenig glaubwürdig.

## Die Weko hat sich verrannt?

In der Baubranche herrscht ein harter Wettbewerb. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass sich die Baufirmen jahrelang von zwei Unternehmen abzocken liessen. Und im Gegensatz zu einem Baukonzern wie Implemia sind die Berner Kiesfirmen kleine Würstchen. Dass sich ein solcher Konzern von denen hat ausnehmen lassen, kann ich mir einfach nicht vorstellen.

## Könnte es aber auch sein, dass einfach sehr viele Baufirmen am Kartell beteiligt sind. Die

## Weko ermittelt unterdessen auch gegen zwei Belagsunternehmen und deren Aktionäre. Von der Untersuchung betroffen sind insgesamt 19 Baufirmen.

Auch hier müssen zuerst die Ergebnisse der Ermittlungen abgewartet werden. Viele Bauunternehmen produzieren selber Beton und Strassenbeläge oder haben Anteile an Transportunternehmen. Das nennt sich vertikale Integration. Für nicht integrierte Unternehmen und unabhängige Transportfirmen ist das natürlich ein Problem. In der Regel sind diese Netzwerke aber sehr effizient und selber das Ergebnis eines wirksamen Wettbewerbs. Politiker dürfen sich keinesfalls zum Schutz von potenziellen Verlierern dagegenstellen.

## Auch nicht der Kanton? Der kantonale Baudirektor Christoph Neuhaus (SVP) befürchtet durch solche Praktiken einen grossen finanziellen Schaden für die öffentliche Hand.

Als grösster Kunde ist der Kanton doch selber in einer marktdominierenden Position. Als ich bei der Weko Vizedirektor war, beschwerten sich bei mir oft Baufirmen, dass der Kanton seine Nachfrage-Macht ausnütze und unfaire Preise fordere. Falls der Kanton Bern als Einkäufer aber tatsächlich jahrelang zu viel für Kies, Strassenbeläge und Beton bezahlt hat, dann ist er selber schuld.



## Baufirmen im Fokus Mutmassliches Kartell im Kanton Bern zählt zu den wichtigeren Fällen des letzten Jahres

2018 gab es eine Häufung von Fällen in der Baubranche, mit denen sich die Wettbewerbskommission (Weko) beschäftigt hatte. Dies stellten die Weko-Verantwortlichen gestern an ihrer Jahresmedienkonferenz fest.

Zu den wichtigeren Fällen gehörte dabei laut Weko die Busse gegen das mutmassliche Baukartell im Kanton Bern, darunter die Berner Belagswerke Kästli- und die Alluvia-Gruppe. Diese hätten Preise und Rabatte im Beton- und Kiesbereich untereinander abgesprochen, lautet der Vorwurf (der «Bund» berichtete).

Doch der Kanton Bern ist nicht allein betroffen. Generell beschäftigte sich die Weko 2018 mit vielen Fällen in der Baubranche. In der Vergangenheit waren im Tessin oder in den Kantonen Aargau und Zürich ebenfalls Baukartelle aufgefliegen. Für Aufsehen sorgte zudem der Fall im Kanton Graubünden. So konnte die Weko 2018 ein Teilverfahren gegen das Bündner Baukartell abschliessen.

### Relikt aus der Vergangenheit

Weko-Direktor Patrik Ducrey versuchte vor den Medien zu erklären, warum in der Baubranche kartellrechtliche Verstösse so regelmässig vorkommen. Es handle sich wohl um ein Überbleibsel aus vergangenen Jahren, als öffentliche Bauaufträge noch nicht ausgeschrieben werden mussten und diese oft an Firmen im betreffenden Kanton vergeben wurden. Doch nicht nur Baufirmen seien von Preisabsprachen betroffen, fügte Ducrey an. Solche habe es auch in anderen Bereichen wie etwa bei Tunnel-Reinigern oder Elektroinstallateuren gegeben.

Die Bekämpfung von Absprachen bei öffentlichen Auftragsausschreibungen zahle sich aus: Davon sei er überzeugt, sagte der seit letztem Sommer amtierende Weko-Direktor. So sei in die Prävention, die Aufdeckung und Untersuchung dieser sogenannten Submissionsabreden viel investiert worden.

Mit der Entwicklung eines statistischen Instruments kann

die Weko entsprechende Abreden einfacher aufdecken. Zudem lanciere man eine weitere Kampagne bei öffentlichen Beschaffungsstellen, vor allem beim Bund und den Kantonen. In zahlreichen Treffen werden Entscheidungsträger, die über die Vergabe von Bauprojekten mitentscheiden, geschult, damit sie mögliche Kartellstrukturen besser erkennen.

### Whistleblower schützen

Eine immer wichtigere Rolle spielen laut Ducrey zudem Whistleblower, die der Weko Hinweise auf Verstösse ihrer Firmen liefern. Sie könne man zwar schützen, aber nicht für Informationen belohnen, wie es etwa in den USA möglich sei.

Im laufenden Jahr dürfte die Weko gemäss Ducrey einige weitere Entscheide fällen. Da wäre etwa die seit 2014 laufende Untersuchung zu möglichen Absprachen von Schweizer Banken im Devisenhandel, die kurz vor einem Entscheid stehe. (sda)